



Utøya Bild: Wikimedia Commons



Editorial

Liebe Leser*innen,

immer länger wird die Liste der rechter Anschläge und Morde, an die es zu Erinnern und Gedenken gilt. Welche Praxen dabei die "richtigen" sind, darüber herrscht auch bei den Falken keine Einigkeit. Dies resultiert aus Ohnmacht und Wut über das Geschehene und wird zusätzlich befeuert von der gesellschaftlichen Ignoranz gegenüber der Kontinuität rechter Gewalt. Außerdem haben wir schlichtweg verschiedene politische Ansprüche. Um Erfahrungen, Wissen und Diskussionspunkte zusammenzutragen und darüber ins Gespräch zu kommen, entstand diese Ausgabe der AJ in Zusammenarbeit mit der AG Gedenken, die 2019 vom Bundesverband beschlossen wurde. Wir konnten kontroverse Perspektiven zusammengetragen, die widersprechen, reflektieren, analysieren, kritisieren und appellieren - persönlich und mit Blick auf den Verband.

Wir wünschen euch eine spannende Lektüre!

Eure aj-Redaktion

02

Was motiviert rechte Täter*innen?

Steffen Göths

08

Wenn die Polizei unser Gedenken von der Antifa bedroht sieht...

KV Jena

12

Nach dem Anschlag ist vor dem Anschlag

Alexandra Nozik

04

Zwischen Gedenken und Spektakel

Jan Schneider

09

Die Nazi Mädels: Immer Liebe und viel Sekt

Mona Schäfer

14

Kein Popcorn-Kino und ziemlich nah dran

Jana Hermann

06

Braucht Gedenken Orte?

Annika Neubert

10

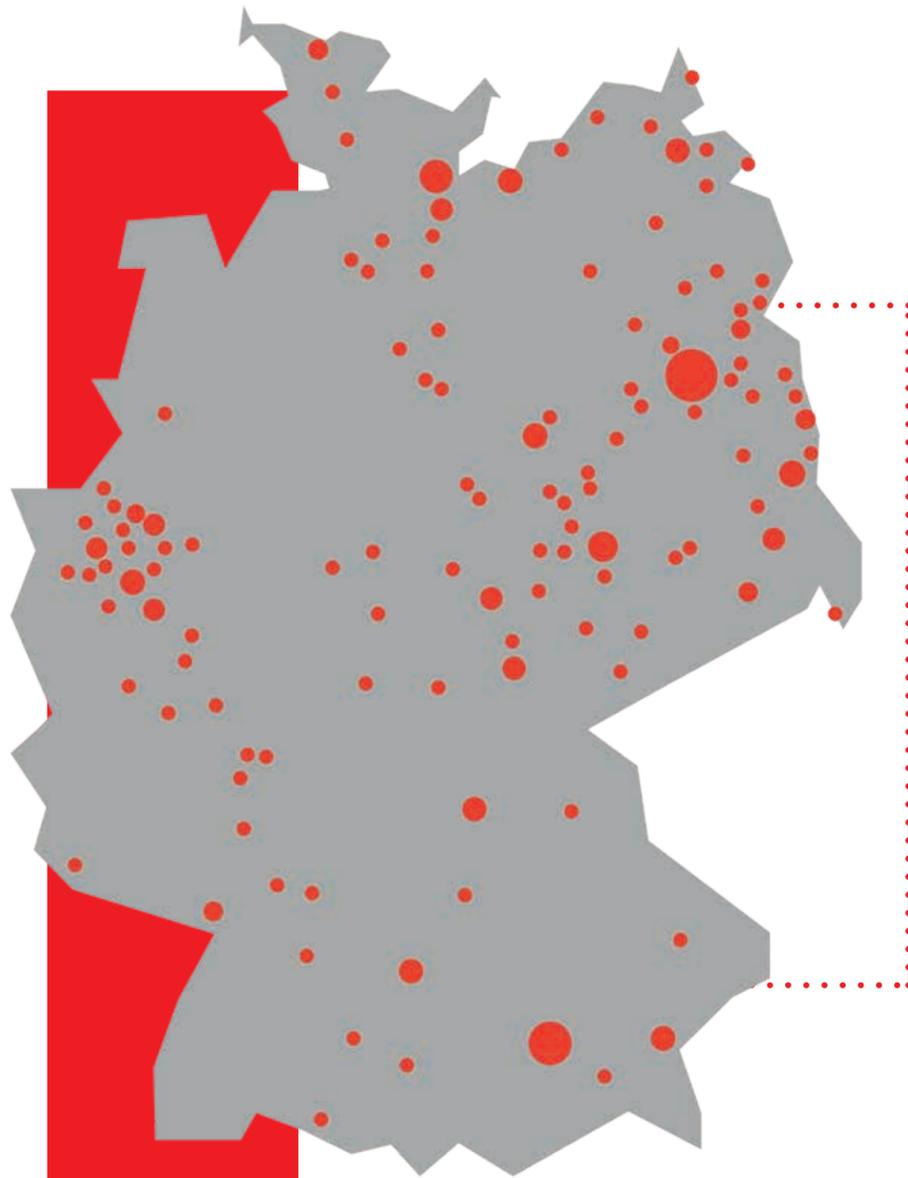
Der Ohnmacht entgegen

Nike Rohde

16

Ein Tag im Juli

Steffen Göths



Todesopfer rechter Gewalt

1990-2020
213 Tötungsdelikte

davon staatlich anerkannt:
106 Tötungsdelikte

weitere Verdachtsfälle:
13 Tötungsdelikte

amadeo-antonio-stiftung.de

Was motiviert rechte Täter*innen?

Ein Überblick über die Grundlagen rechten Terrorismus

Christchurch. Halle. Utøya. Dies sind Ortsnamen, die wie viele weitere für uns heute mit rechten Morden verbunden sind. In ihrer konkreten Unterschiedlichkeit sind diese Taten durch die ihnen zugrundeliegenden Ideologien miteinander verbunden. Die Täter der oben genannten Ereignisse kommunizierten ihre Motivation vor, während und nach den Taten sowohl in einschlägigen Online-Foren, in Schriftform und den anschließenden Gerichtsprozessen und ganz offensichtlich durch die Wahl ihrer Opfer.

Der Attentäter von Christchurch ermordete gezielt die

Besucher*innen von zwei Moscheen, der Mörder in Halle versuchte zunächst eine Synagoge zu stürmen und auf Utøya wurde bewusst ein Zeltlager der Jugendorganisation der norwegischen Sozialdemokratie angegriffen, die für Zuwanderung und die Emanzipation von Frauen und queeren Menschen verantwortlich gemacht wurden.

Was die hier offenkundigen Motive Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus miteinander gemeinsam haben, ist die zugrunde liegende Vorstellung, dass es Menschen gibt, die zu beherrschen, ausgrenzen oder zu vernichten

seien. Solche Merkmale können Aussehen, (vermeintliche) Herkunft, Religion, körperliche Eigenschaften oder auch die politische Orientierung sein. Man spricht deshalb von Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Solche Ideologien sind auch Gegenstand der empirischen Sozialforschung, wie etwa aus den Mitte-Studien oder der Langzeit-Untersuchung Deutsche Zustände. Die Mitte-Studien befragen Personen etwa nach ihrer Haltung zu Thesen, die mehr oder weniger eindeutig diskriminierend und abwertend sind. Abhängig davon, wie vielen Thesen in welchem Grad zugestimmt wurde,

ermitteln die Forscher*innen dann einen Index, aus dem die Zustimmung zu rechten Ideologien abgeleitet wird. Ab einer bestimmten Kennzahl wird den Befragten ein "geschlossen rechtsextremes Weltbild" attestiert. Aus den bisherigen Ergebnissen dieser Studien lässt sich ablesen, dass es sich bei diesen Ideologien nicht um ein Phänomen handelt, das sich auf eine Minderheit von organisierten, militanten Neonazis beschränkt. Im Gegenteil, Ideologien der Ungleichwertigkeit sind über alle soziodemografischen Merkmale (also Alter, Geschlecht, formaler Bildungsgrad, Einkommen, ...) hinweg verbreitet, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Von der Einstellung zum Handeln

Offensichtlich überführt nicht jede*r mit etwa antisemitischen Einstellungen diese auch in öffentliche (gewalttätige) Handlungen, dazu bedarf es weiterer Faktoren. Entsprechendes Handeln, so legen es die Mitte-Studien dar, kann unterschiedliche Formen annehmen. Dies reicht von einschlägigen Äußerungen im Privaten oder in der Öffentlichkeit, über das Wählen entsprechender Parteien bis hin zu verbalen oder körperlichen Angriffen auf Personen, die dem eigenen Weltbild widersprechen. Zu welchen Handlungen Personen bereit sind, hängt damit zusammen, in welchem Ausmaß diese Handlungen mit gesellschaftlichen Sanktionen (oder auch gesellschaftlicher Befürwortung) verbunden sind und wie sehr die Person sich von der Akzeptanz der Gesellschaft abhängig fühlt. Für die meisten Menschen ist es tatsächlich wichtig, sich in einem gesellschaftlichen Akzeptanzkorridor zu bewegen. Dieser ist aber durchaus beweglich und hängt von aktuellen Stimmungslagen ab. Je menschenfeindlicher diese Stimmung wird, desto mehr Handlungsoptionen werden akzeptiert werden. Rechte Akteur*innen haben genau das zum Ziel.

Um diese Überlegung konkreter zu machen: Wer selbst in einer gesellschaftlich exponierten Rolle ist, die vom öffentlichen Zuspruch abhängig ist (etwa als Bürgermeister*in), wird sich überlegen, ob die eigenen Handlungen gesellschaftlich akzeptiert sind. Eine rassistische Bürgermeisterin wird vermutlich keine Gruppe anführen, die eine Asylunterkunft anzünden will, aber ihre Überzeugungen anderweitig in zum Ausdruck bringen. Denn während offen gewalttätiges

Verhalten von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird, wäre etwa die Unterbringung von Geflüchteten in einem abgelegenen, unsanierten Gebäude mit schlechter Infrastruktur wahrscheinlich durchaus akzeptiert. Wer sich aber bereits außerhalb dieser Gesellschaft sieht oder sich einen Bezugsraum geschaffen hat, der den eigenen rassistischen, antisemitischen oder sexistischen Einstellungen positiv gegenübersteht, wird wenig darauf achten, sich im erwähnten Akzeptanzkorridor zu bewegen. Dies gilt sowohl für organisierte Rechtsradikale, in deren Szene Ideologien der Ungleichwertigkeit nicht nur akzeptiert, sondern Grundlage Einzelpersonen, die sich etwa in Chatrooms und Foren mit Gleichgesinnten austauschen. Hier kann sich die Vorstellung entwickeln, dass man nicht nur nicht allein ist, sondern eigentlich zu den Menschen gehört, die den wahren Charakter dieser Welt erkannt haben und die meisten Menschen eigentlich die gleichen Ansichten haben und sich nur nicht trauen, diese auszusprechen. In diesem Sinne kann sich der*die Täter*in als Vollstrecker*in eines nicht formulierten Volkswillens begreifen, der*die das tut, was notwendig ist.

Wann spricht man von Terrorismus?

Rechte Gewalt tritt deutlich häufiger auf, als wir von rechtem Terrorismus oder Terror hören. Beide Phänomene sind eng miteinander verbunden, sind aber tatsächlich nicht dasselbe. Als Terrorismus werden Taten verstanden, die darauf abzielen, durch große gesellschaftliche Aufmerksamkeit gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen. So haben Terroranschläge, wie etwa in Utøya, nicht nur das Ziel, die konkreten Opfer zu töten, sondern auch in der gesamten Gruppe, für die stellvertretend angegriffen wurden, in Angst zu versetzen, die schließlich dazu führt, die politische Arbeit einzustellen oder gar das Land zu verlassen. Gleichzeitig soll über dazu veröffentlichte Erklärungen Zustimmung bei den Menschen erzeugt werden, die der*die Täter*in zu vertreten glaubt. Terrorist*innen sind dabei aber nicht auf die gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen. Sie können aus dem Geheimen heraus handeln, so gesellschaftlicher Sanktionierung entgehen und beziehen sich dann höchstens auf ein klar benennbares Unterstützungsnetzwerk.

Terror wiederum ist ein grundsätzlicher Zustand, der dadurch erreicht wird, dass verbale und körperliche Übergriffe, die etwa rassistisch motiviert sind, gesellschaftlich, wenn nicht offen akzeptiert, doch zumindest ignoriert und hingenommen werden. Dazu gehört im Zweifel auch der Aufruf, auf Aufmärsche von Faschist*innen damit zu reagieren, ihnen Gesprächsangebote zu machen, ihre Forderungen in konkrete Politik zu gießen oder mit den den entsprechenden Parteien in den Parlamenten zu kooperieren. Wenn die Täter*innen keine Sanktionen fürchten müssen, können sie ein Klima erzeugen, in dem die von ihnen verfolgten Personen sich nicht fragen, ob etwas passiert, sondern nur noch wann etwas passiert. Terroristische Taten können dazu beitragen, ein solches Klima zu erzeugen, insbesondere, wenn diese von der Mehrheit der Gesellschaft nicht als solche erkannt und bewertet werden. Das Ignorieren und Relativieren solcher Taten kann die Täter*innen in ihrem Glauben bestärken, im Sinne einer schweigenden Mehrheit zu handeln.

Was heißt das für unsere verbandliche Praxis?

Als sozialistischer Kinder- und Jugendverband haben wir eine Gesellschaft zum Ziel, in der rechter Gewalt die Grundlage entzogen ist. Realistischerweise sind wir von diesem Zustand jedoch immer noch weit entfernt. Unser Handeln im Hier und Jetzt kann daher darin bestehen, nicht nur Ideologien der Ungleichwertigkeit da zu kritisieren, wo sie uns begegnen, ob in (Hoch-)Schule, Betrieb oder Familie und auch Akteur*innen einer vermeintlichen politischen Mitte einer entsprechenden Kritik zu unterziehen, sondern auch Terrorismus als solchen zu bezeichnen. Häufig werden insbesondere Morde, die aus rechten Motiven begangen wurden, als "nicht politisch" abgehakt. Dies gilt auch für rechte Taten, bei denen Menschen zusammengeschlagen wurden und die als "normale" Schlägerei behandelt werden. Hier auf den politischen Charakter aufmerksam zu machen, verhilft nicht nur den Opfern und ihren Angehörigen zu einer (späten) Form der Anerkennung, sondern zeichnet auch ein klareres Bild der aktuellen Zustände in dieser Gesellschaft.

Steffen Göths, LV Brandenburg

In eigener Sache

Wir als AJ-Redaktion verstehen die Zeitung als Austauschplattform um Diskurse im Verband aufzugreifen. Das gelingt am besten, wenn ihr Themen und Diskussionen aus euren Gliederungen einbringt. Eure Artikel, Ideen für Schwerpunkthemen oder Repliken und Leserbriefe zu Artikeln aus dieser und anderen Ausgaben könnt ihr der Redaktion per Mail an: sascha.doering@sjd-die-falken.de zukommen lassen.



Gedenkstätte in Utøya Bild: Wikimedia Commons

Zwischen Gedenken und Spektakel.

Die Opfer des Utøya-Anschlags gehen bei Falken viral

Am 22. Juli postete der Bundesverband auf Facebook ein Video anlässlich des 9. Jahrestags des Anschlags von Utøya und Oslo. Dass darin die eigenen Gefühle und die Namen der Opfer die zentrale Rolle spielen, erscheint mir jedoch aus mehreren Gründen kritikwürdig. Im Video lesen viele verschiedene Genoss*innen jeweils einen Namen sowie das Alter der 77 Getöteten vor, ergänzt um eine politische Erklärung zu Beginn und am Ende des Videos. Im ersten Teil dieser Erklärungen heißt es unter anderem, dass wir unserer Trauer und unserer Wut Raum geben wollen, dass wir keine*n der Ermordeten vergessen und in ihrem Andenken unseren Kampf für eine befreite Gesellschaft fortsetzen. Am Ende geht es unter anderem darum, dass wir in Gedanken bei ihren Freund*innen, bei ihren Angehörigen und bei den Überlebenden sind und dass wir uns noch immer die Zeit nehmen müssen, das Geschehene zu verarbeiten.

Schon grundsätzlich bin ich etwas skeptisch, was die Echtheit der bekundeten Trauer angeht. Zunächst lassen mich die objektiven Umstände daran zweifeln. Denn erfahrungsgemäß verfolgt politische Interessen, wer im politischen Kontext öffentlich und gerade nicht nur im Familien- und Freundeskreis Gefühle äußert. Auch wenn Trauer natürlich auch zu konkreten Anlässen auftauchen kann, finde ich es doch auffällig, dass diese jedes Jahr pünktlich zum Jahrestag des Anschlags bekundet wird, während das restliche Jahr über nicht die Rede davon ist. Abgesehen von 2015 reichte sie auch stets nur für ein paar Zeilen auf Facebook.

Dass dieses Jahr ein aufwändiges Video produziert wurde, liegt wohl nicht daran, dass jetzt die Trauer größer ist als früher, sondern eher daran, dass nächstes Jahr Gedenkveranstaltungen zum Thema Utøya stattfinden sollen, für die Werbung gemacht werden soll. Darüber hinaus fühle ich mich auch subjektiv nicht in erster Linie traurig, weil ich die ermordeten jungen Menschen persönlich gar nicht kenne. Ich habe Mitleid mit den Familien und Freund*innen der Getöteten, wenn ich mich, soweit es geht, in sie hineinversetze und versuche, mir vorstellen, wie schlecht es ihnen gegangen sein muss und vielleicht immer noch geht. Ich bin wütend, wenn ich mich mit dem Täter beschäftige und seine menschenverachtenden Aussagen höre. Und ich bin betroffen, wenn ich mir vorstelle, dass es mich oder meine Freund*innen und Bekannten von den Falken, den Jusos oder andere Linke treffen könnte. Mein Punkt ist: es fällt mir schwer, mir vorzustellen, um die Getöteten als Individuen zu trauern. Genau das ist jedoch der Ansatz des Videos.

Allerdings hat es mich traurig gemacht, mir die emotional vorgebrachten Namen sowie das Alter der Ermordeten anzuhören. Ich würde sagen, das liegt daran, dass das Video genau darauf angelegt ist: Trauer und Emotionalität hervorzurufen, obwohl es vorgeblich der vorher schon vorhandenen Trauer bloß Ausdruck verleihen soll. Auch deswegen denke ich, dass das Video in erster Linie ein Werbevideo für die Utøya-Fahrt und im weiteren Sinne für die politischen Ansichten

der Falken ist. Genau wie in jeder anderen Werbung werden Emotionen erzeugt und diese dann mit dem eigenen Produkt verknüpft. Das zeigt sich meiner Meinung nach auch daran, dass man nur wenige Worte im Video austauschen müsste, um die Namen der Ermordeten nicht mit der Politik der Falken und der Utøya-Fahrt zu verknüpfen, sondern beispielsweise mit der Forderung nach schärferen respektive lockereren Waffengesetzen oder nach mehr Polizei und stärkerer Überwachung der Bürger*innen. Oder noch abgeschmackter: es würde genauso gut funktionieren, mit den Namen der Getöteten Werbung für Waffenhersteller zu machen, weil sich die Jugendlichen mit ihren Produkten ja hätten verteidigen können. Denn das Video tut nur so, als würde aus dem Tod der jungen Menschen unmittelbar die Legitimation für Sozialismus und Linksradikalismus folgen. In Wahrheit folgt aus Namen, Alter und Anzahl der Ermordeten an sich aber natürlich keine einzige politische Maxime. Unsere Überzeugung, dass die kapitalistische Gesellschaft Rechtsradikalismus und die aus ihm folgenden Mordtaten immer wieder hervorbringen wird, ergibt sich nicht unmittelbar aus dem Mord, sondern aus der rationalen Reflexion der Tat und dem Nachdenken über die Gesellschaft, in der dieser Mord geschah. Eine solche Reflexion kann ein Ansatz, der die Opfer als Individuen in den Mittelpunkt rückt nicht nur nicht, sondern bewirkt sogar eher das Gegenteil, indem es vor allem Emotionen hervorruft. Daher kommt das Video radikal daher, ist es in meinen Augen aber in Wahrheit nicht – was

sich daran zeigt, dass sogar der Bundespräsident zum Anschlag in Hanau einen ganz ähnlichen Ansatz verfolgen kann, um für genau die Demokratie Werbung zu machen, die den rechten Terror hervorbringt.

Und sogar noch mehr: dieser Unmittelbarkeitsgedanke führt dazu, dass die getöteten jungen Menschen mit ihrem Namen, also als Individuen, für die eigene Politik eingespannt werden. Verfolgen Nazis die Strategie, die Namen von Opfern für ihre Politik zu gebrauchen, wird das von Links sehr deutlich verurteilt und die angebliche Trauer der Nazis klar als politische Propaganda benannt. Beispielhaft dafür ist der Fall des im August 2018 in Chemnitz getöteten Daniel H., nach dessen Tod es zu den viel diskutierten Hetzjagden kam. Die Nazis erklärten ihn zum aufrechten Deutschen, der Frauen gegen Geflüchtete verteidigt und stellten Kerzen, Grablichter, Trauerkarten und Blumen an den Tatort, während Linke und Bürgerliche darauf hinweisen, dass Daniel H. „gegen Hass“ und „gegen jeden Fanatismus“ war und die Trauer von rechts in Wahrheit Instrumentalisierung. Natürlich ist das bei den Opfern des Anschlags von Utøya damit nicht gleichzusetzen. Schließlich ist die AUF, der Jugendverband der norwegischen Sozialdemokraten, deren Camp angegriffen wurde, ja eine linke Organisation und die Getöteten waren linke Jugendliche und junge Erwachsene. Aber Linke sind ja auch kein homogener Block und ich würde mit meinem Namen nicht gerne in einem Facebook-Post wie dem des Bundespräsidenten vorkommen.

Jetzt könnte man einwenden, dass zu Beginn des Videos ja heißt, dass die Namen nicht etwa genannt werden, um Emotionen zu erzeugen, sondern weil „die Mitte der Gesellschaft“ von Terroranschlägen wie dem von Utøya

„nichts wissen will“ und die Opfer vergisst, weswegen wir ihre Namen nennen müssen, um gegen das Vergessen anzukämpfen. Abgesehen von der Floskel „kämpfen“, die jedem politischen Ziel sofort den Anstrich von Radikalität geben soll, beruht die Aussage allein auf dem typisch linksradikalen rhetorischen Trick, „der Mitte“ alles Mögliche anzulasten, weil dann jede andere Handlung ohne jede Begründung oder Nutzen allein durch ihren (angeblichen) Gegensatz zur Mitte schon widerständig und damit gut ist. Aber ist es nicht eher so, dass es der bürgerlichen Politik und ihrer Art mit Anschlägen wie dem von Utøya umzugehen, sogar ganz gelegen kommen könnte, die Namen in den Mittelpunkt zu stellen, eben weil diese an sich überhaupt keine politische Maxime legitimieren?

Jan Schneider, LV Thüringen

AG Gedenken

Im Rahmen des Projektes "Lernen und Gedenken an den Rechten Terror" werden momentan durch eine AG des Bundesvorstands verschiedene Methoden, Texte und Formate erarbeitet, die der Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex dienen sollen. Dazu gehört auch das Video, das Jan in seinen Artikel kritisch bespricht. Ihr findet es auf unserem YouTube-Kanal oder über den QR-Code unter diesem Kasten. In der folgenden Ausgabe wird Steffen auf Jans Kritik antworten.



Hintergrund

Bundespräsident Steinmeier hat heute, rund sieben Monate nach dem Anschlag in Hanau, Angehörige der Opfer in Schloss Bellevue empfangen. Er sagte: „Wir erinnern uns an neun Menschen, neun junge Leben. Sie alle hatten eines gemeinsam: Sie verstanden sich als Hanauer – ganz egal, woher sie oder ihre Familien einmal gekommen waren, woran sie glaubten, woran sie Freude hatten.“ Der Bundespräsident betonte: „Wer Menschen aufgrund irgendwelcher Merkmale in Gruppen zwingt und abwertet; wer sie auf ihre Herkunft, ihren Glauben, ihr Geschlecht oder ihre Lebensanschauung reduziert; wer ihnen ihre Einzigartigkeit nimmt, der stellt sich gegen das Lebensprinzip unserer Demokratie. Die Würde des Menschen, jedes einzelnen Menschen, ist unantastbar. Sie steht unter dem Schutz unseres Grundgesetzes.“

Facebook-Post von Frank-Walter Steinmeier, 23. September 2020

Braucht Gedenken Orte?

Keine Gedenktafel, kein Denkmal und kein Stein können das Ziel sein, sondern nur der Weg dorthin

Die Frage im Titel dieses Artikels, mit der inhaltlich auseinanderzusetzen ich gebeten wurde, rief in mir zunächst einige Verwirrung hervor. Ausschlaggebend dafür war der sonderbare Akteur, der darin benannt wird: das Gedenken. Braucht das Gedenken einen Ort?, lautete denn also die Frage. Gedenken an sich hat jedoch kein Bedürfnis, keinen Wunsch und stellt sich auch diese Frage nicht. Denn Fragen nach derartigen Notwendigkeiten stellen sich stets die Subjekte, die die Antworten darauf zur Grundlage ihres Handelns machen wollen. Nach einiger Überlegung habe ich mich dazu entschieden, genau diese Tatsache zum Ausgangspunkt

meiner Ausführungen zu machen und im folgenden Artikel daran der Frage nachzugehen, wer eigentlich Orte des Gedenkens braucht und wozu?

Funktionen von Gedenkort

Gedenkorte initiieren zu wollen, kann verschiedene Gründe haben. Die zwei wichtigsten Motive, die sich hierfür benennen lassen, sind sicherlich einerseits die Schaffung

eines Ortes für (individuelle) Trauer, beispielsweise um Verstorbene, andererseits jedoch die Generierung politischer Aufmerksamkeit für den Gegenstand des Gedenkens, gewissermaßen die Konstituierung eines Mahnmals. Beide Beweggründe müssen nicht zwangsläufig zusammenfallen: So ist eine Grabstätte auf einem Friedhof in vielen Kulturkreisen ein Ort des Gedenkens, beispielsweise für die Angehörigen und früheren Freunde der Toten. Geschaffen wird sie beispielsweise durch die Familie, die sich dort individuell oder gemeinsam an die verstorbene Person erinnert oder trauert. Eine politische Dimension des Gedenkens ist damit nicht automatisch verbunden. Diese entsteht, wird dem Ort eine über die individuelle Trauer hinausreichende Bedeutung zugemessen, z.B., weil jemand Opfer eines rassistisch motivierten Verbrechens wurde. Häufig ist die Politisierung des Gedenkens auch mit einer Erweiterung der Gruppe der Akteure, die die Initiierung eines Gedenkortes forcieren, verbunden sowie mit einer Veränderung der Anforderungen, die daran

gestellt werden. Nicht allein die Familie, sondern auch politische Organisationen oder fremde Einzelpersonen wirken häufig daran mit. Die Ebene des privaten Gedenkens an einen Freund oder ein Familienmitglied wird damit verlassen. Politisches Gedenken stellt ein Ereignis oder eine Tat in den Mittelpunkt und erinnert an Menschen vor dem Hintergrund dieser Tat. Deshalb ist es beispielsweise nicht notwendig, die Opfer eines rechten Terroranschlags persönlich gekannt zu haben, um ihnen zu gedenken. Politische Gedenkorte befinden sich darum auch häufig an Tatorten oder Orten des öffentlichen Interesses und weniger an Gräbern, wenngleich diese z.B. mit Blick auf KZ-Gedenkstätten diese Orte nicht immer voneinander zu differenzieren sind. Doch selbst dort finden sich häufig noch unterschiedliche Gedenkorte für individuelles und politisches Gedenken. Denn auch wenn Angehörige der dort Ermordeten am politischen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus partizipieren, sind die Orte für sie eben noch etwas anderes: Orte der Trauer, die gewissermaßen das individuelle Grab ersetzen müssen, das die Nazis ihren Müttern, Vätern, Freund*innen und Genoss*innen verweigerten. Familien installieren deshalb Tafeln mit eingravierten Namen, die bisweilen stark an Grabsteine oder Grabmale auf „gewöhnlichen“ Friedhöfen erinnern. Zeremonien zu Gedenktagen, beispielsweise dem Befreiungstag oder dem internationalen Holocaust-Gedenktag finden dort jedoch nicht statt. Für das politische Gedenken sind andere Orte und

Gedenkzeichen präferiert, die die gesellschaftliche Dimension des Geschehenen in den Mittelpunkt rücken. Auch wenn der Begriff des „Mahnmals“ heute häufig der verstaubten Mottenkiste des DDR-Antifaschismus zugerechnet wird, so teilen auch moderne Denkmäler diesen Impetus – wenngleich in weniger autoritärem Duktus. Auch sie sollen die Vergangenheit mit Blick auf die Zukunft deuten und sind sich nicht selbst Zweck. Sie thematisieren Rassismus und Antisemitismus mit dem Ziel, ihn in seinen mörderischen Auswirkungen sichtbar zu halten, zu skandalisieren und zu politischem Handeln dagegen in der Gegenwart aufzufordern.

Selbst einen Gedenkort schaffen – Wozu?

Derzeit gibt es öffentliche Debatten um die Errichtung von Gedenkorten zur Erinnerung an die Opfer rechten Terrors in der Gegenwart. So hat zum Beispiel die „Initiative 19. Februar“ einen Gedenkort für die Opfer des Anschlags von Hanau eingerichtet, bei dem 2020 zehn Menschen aus rassistischen Gründen ermordet wurden. Die Synagogen tür, die im Oktober 2019 dem Angriff eines rechtsextremen Attentäters standhielt und ein Blutbad an der jüdischen Gemeinde verhinderte, wurde kürzlich als Mahnmahl neben der Synagoge installiert.

Einen Ort des Gedenkens für die Opfer rechten Terrors zu schaffen oder sich an den Debatten darum zu beteiligen, kann ein wichtiger politischer Akt auch für uns als sozialistischer Kinder- und Jugendverband sein. Doch nicht die Tatsache, dass irgendwann irgendwo eine Tafel, ein Stein oder etwas anderes installiert wird, ist dabei entschei-

dend. Ritualisierte Gedenkpraxen unhinterfragt zu reproduzieren, hilft sicherlich niemandem weiter. Dem Gedenkort voraus gehen muss eine intensive Auseinandersetzung mit dem Gegenstand des Gedenkens. Sich mit den Ursachen rechten Terrors zu beschäftigen, kann beispielsweise eine Reaktion auf die spontane Fassungslosigkeit sein, die wir erleben, wenn wieder einmal Menschen Opfer rechter Gewalt geworden sind. Auch die Fragen, wie so ein Ort auszusehen habe, an wen er sich richtet oder wo er sich befinden solle, wären politisch zu diskutieren.

Der Blick in die Vergangenheit hätte dann auch konkrete Konsequenzen für die Zukunft, für die eigene politische Praxis. Hürden und Widerstände, auf die die Initiator*innen von Gedenkorten im Laufe des Prozesses stoßen oder eben auch nicht, lassen uns darüber hinaus etwas über die Gesellschaft begreifen, in der wir leben und damit eben auch über die Gesellschaft, die die Rassist*innen, Antisemit*innen und Frauen*feinde hervorbringt, an deren mörderische Taten wir erinnern wollen. Jeder einzelne rechte Übergriff, antisemitische Anschlag und jedes rassistische Gewaltverbrechen ist auch ein Beweis des Scheiterns dieser Gesellschaft an ihrem Glücksversprechen auf ein Leben in Freiheit und Gleichheit für alle. Das beharrlich zu kritisieren und auch öffentlich sichtbar zu machen, dafür bräuchten wir Orte des Gedenkens.

Annika Neubert, LV Thüringen



Gedenkstätte Buchenwald, Glockenturm mit Denkmal von Fritz Cremer Bild: Wikimedia Commons



Wenn die Polizei unser Gedenken von der Antifa bedroht sieht...

Bericht über die Kundgebung gegen rechten Terror in Jena am 09.10.2020

Am 9. Oktober 2019, am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, bewaffnete sich ein rechter Terrorist mit Schusswaffen und Sprengsätzen, um sich gewaltsam Zutritt zur Synagoge im Hallenser Paulusviertel zu verschaffen. Sein erklärtes Ziel war es, einen Massenmord an Jüd*innen zu begehen. Die über 50 Menschen, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Synagoge befanden, versuchten sich mit Möbeln zu verbarrikadieren, um den Täter vom Eindringen abzuhalten. Als die zufällig vorbeikommende 40-jährige Jana L. den Täter ansprach, erschoss er diese kaltblütig. Sie starb noch vor Ort an den Folgen ihrer Verletzungen. Da die Tür der Synagoge nicht nachgab, fuhr der Täter mit der Absicht, möglichst viele Migrant*innen zu ermorden, zu einem nahegelegenen Döner-Imbiss. Dort erschoss er den 20-jährigen Kevin S. und verletzte bei seiner anschließenden Flucht zwei weitere Menschen schwer, bevor er endlich von Einsatzkräften festgenommen werden konnte.

Ein Jahr später organisierten wir die Kundgebung gegen rechten Terror, mittels welcher wir im öffentlichen Raum Jenas auf die ekelhafte Kontinuität rechter Weltbilder und des rechten Terrors in Deutschland aufmerksam machen wollten. Dem Aufruf zur Kundgebung haben sich mehrere linke Jenaer Gruppen angeschlossen, zum Beispiel "NSU Komplex Auflösen Jena", "Junges Forum DIG Jena" sowie Katharina König-Preuß als Einzelperson. Die unterschiedlichen Gruppen legten in ihren Redebeiträgen jeweils verschiedene Schwerpunkte. Am Tag der Kundgebung regnete es in Strömen, aber man weiß ja, dass Deutsche andere Gründe haben als das Wetter, um der Auseinandersetzung mit Antisemitismus aus dem Weg zu gehen. Tatsächlich haben sich ca. 80 Personen auf dem Holzmarkt zusammengefunden. Der eigenen Ohnmacht hat diese Kundgebung eher nichts entgegengesetzt, aber die Scheiße, die während des Prozesses passiert – z.B. die Relativierung und Psychologisierung des Antisemitismus des Täters – blieb von unserer Seite nicht unkommentiert, nicht unwidersprochen. Wir wollten dieser Psychologisierung eine materialistische Analyse des

Antisemitismus entgegensetzen, also zeigen, dass der Antisemitismus nicht nur in der kapitalistischen Gesellschaft entsteht, sondern tatsächlich aus ihr. So zeigt sich auch, dass antisemitischer Terror und andere rechte Aktivitäten und gesellschaftlicher Antikommunismus nicht nur nebeneinander stehen, sondern zusammenhängen. Was den Antisemitismus hervorbringt, ist zugleich das, was uns an dieser Gesellschaft stört: es ist diese Gesellschaft selbst – die Art, wie sie eingerichtet ist. Der Kapitalismus zwingt uns dazu, immer zu arbeiten oder sich darauf vorzubereiten, also eine leistungsfähige und flexible Arbeitskraft zu werden. Der in der Gesellschaft vorhandene Antikommunismus, der genau wie der Kommunismus selbst aus dem Kapitalismus entsteht, bedroht die Art, wie viele von uns ihre Freizeit gestalten: selbstorganisiert bei den Falken. Diese Bedrohung kommt aus der Bevölkerung und hat ihre politische Stimme in allen parlamentarischen Kräften gefunden. Die AfD will zum Beispiel den Falken die öffentliche Förderung entziehen. Sogar einzelne SPD-Politiker*innen nennen linke Aktivist*innen „Terroristen“ und mit den anderen Parteien betreibt die SPD in mehreren Landesregierungen eine drastische Militarisierung der Polizei, in dem sie die Polizei-Aufgaben-Gesetze nicht nur mittragen, sondern politisch einfordern, ausgestalten und parlamentarisch umsetzen. Antikommunismus und Antisemitismus wurzeln somit zwar beide im Kapitalismus, jedoch sind Jüdinnen und Juden in Deutschland ungleich gefährdeter als sozialistische Verbände und Aktivitäten. Das Junge Forum Jena hat in seinem Redebeitrag herausgestellt, dass das, was eigentlich jüdisches Leben sein sollte, in Wirklichkeit jüdisches Überleben ist. Jüdinnen und Juden erfahren Antisemitismus, der nicht selten in Gewalt gegen sie mündet. Der in Hamburg angegriffene jüdische Student und Angriffe auf jüdische Einrichtungen beweisen dies.

Unsere Veranstaltung prangerte diese Verhältnisse an, die rechte Gewalt befeuern und tolerieren. Hierzu gehört auch die Militarisierung der Polizei – die auf dem rechten Auge nicht nur blind ist,

sondern selbst derart in rechte Netzwerke verstrickt ist, dass sie beinahe selbst als solches gelten kann. Wir stellen uns der Scheiße entgegen, die Antisemitismus als „psychische Verwirrung“ relativiert und in der Nazis – trotz halb-öffentlicher Organisation im Internet – schwer bewaffnet versuchen können, Jüdinnen und Juden umzubringen. Mit dieser Kundgebung wollten wir diesem deutschen Normalzustand zumindest unsere Kritik entgegenbringen. Der diese Gesellschaft auszeichnenden Totalität der Verhältnisse konnte unsere Kundgebung eher nichts Schlagkräftiges entgegensetzen. Es würde die Realität schlicht nicht treffen, würde man das Gegenteil behaupten. Auch deshalb ist die Organisation einer solchen Kundgebung natürlich nicht mit viel Spaß verbunden. Neben der vielen Arbeit der Mobilisierung und Organisation erfordert auch die Kommunikation mit den Behörden einigen Aufwand und war von Anbiederungsversuchen durchsetzt. Der Genosse, der die Kundgebung angemeldet hat, wurde am Tag zuvor von der Polizei angerufen und vor der „gewalttätigen Antifa“ gewarnt. Diese ekelhafte Strategie wurde auf Facebook öffentlich bloßgestellt. Bei der Vorbereitung der Kundgebung kam es auch auf eine gute Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Personen an, was gut geklappt hat. Unsere tollen Flyer hat eine Genossin aus Erfurt designt.

Alles in allem finden wir, dass die Kundgebung gelungen ist – wir konnten unsere Wut artikulieren, haben mehren Gruppen und Initiativen ermöglicht, im öffentlichen Raum Jenas ihre Positionen kundzutun und wir haben dafür gesorgt, dass zumindest auch zufällig vorbeikommenden Passanten die Schrecken aus Halle an diesem Tag wieder ins Bewusstsein gerufen wurden.

KV Jena

Die Nazi-Mädels: Immer Liebe und viel Sekt

Das mediale und gesellschaftliche Bild von Frauen als Täterinnen

Frauen als aktive Täterinnen rechten Terrors? Den meisten Leser*innen kommt – natürlich – Beate Zschäpe in den Sinn, weitere weibliche Täterinnen werden wenige benennen können, obwohl beispielsweise der Gründer der Wehrsportgruppe Hoffmann formulierte, er wolle Frauen „gleichberechtigt an den Wehrsport“ heranzuführen, und dies auch tat. Unschwer ist also festzustellen, dass die Rollen von Frauen wenig beachtet und beschrieben wird: Die Haupttäter im Feld des Rechten Terrors und Rechtsterrorismus sind männlich. „Lone-wolf“-Taten von Frauen gibt es faktisch nicht, dennoch gibt es auch im Phänomenbereich Rechter Terror nach 1945 durchaus Frauen, deren Rolle meist wenig beleuchtet wurde.

Der passive Faschismus?

Schon im allgemeinen Diskurs über die extreme Rechte werden Frauen im Hintergrund verortet und als unsichtbar betitelt, was absurderweise oft unter dem Label der Passivität geschieht. Phänomenologisch ist diese Arbeit im Hintergrund immer noch haltbar, obwohl sich die Rollen von Frauen in der Szene durchaus ausdifferenzieren haben und sich nicht auf organisatorische Aufgaben beschränken. Dass es keine Passivität gibt, wenn man sich, egal in welcher Form, zur faschistischen Agitation entscheidet, sollte jedoch klar sein. Diese Bagatellisierung der Rolle von Frauen geschieht oft in Verschränkung mit der Reproduktion gängiger Geschlechterstereotype. Dies spielte z.B. eine zentrale Rolle in der medialen Darstellung von Sibylle Vorderbrügge, Mitglied der „Deutschen Aktionsgruppe“ (DA). Sie war eine von zwei Haupttäter*innen bei einem Brandanschlag in Hamburg, bei dem Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân ermordet wurden. Zwar wurde Vorderbrügge zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, jedoch nach nur acht Jahren aus der Haft entlassen.

Der Richter und seine Henkerin

Schon in der Anklageschrift wurde sie als dem Kopf der Gruppe, Manfred Roeder, „geistig und sexuell hörig“ bezeichnet. Diese

Formulierung passt zum Bild der Frau als Sexualobjekt – im Gericht wurde aus ihrem Tagebuch vorgelesen, und die mediale Ausschachtung ihrer Tagebucheinträge, in denen sie die Liebe zu Roeder beschreibt, dürfte zur Marginalisierung ihrer Rolle als Täterin beigetragen haben. So schrieb Dietrich Strothmann 1982 für die ZEIT im Bericht „Das Mädchen das zur Bombe kam“: „Welche Gewalt doch ein Mann über ein Mädchen haben kann und wieviel ein Mädchen über Männer! Sibylle Vorderbrügge sitzt da vorn, fast starr, gibt Antworten wie ein Automat – sie soll es damals fertiggebracht haben, daß andere Brandflaschen in Fenster warfen, hinter denen Menschen lebten?“. Als wäre es bemerkenswert, dass eine Frau mit geschlossenem rechtem Weltbild nach der Ermordung zweier Menschen nicht völlig emotional und moralisch bankrott wäre, als sei völlige Gefühlskälte nicht Voraussetzung für eine solche Tat. Weitere Inhalte des Artikels über das damals 26-jährige „Mädchen“: Ihr bürgerliches Elternhaus, ihre „Männergeschichten“, die Radikalisierung durch Propagandaschriften (nur en passant erwähnt), der Zusatz direkt danach, dass Vorderbrügge als Kind jedoch von Anne Franks Tagebuch ergriffen gewesen sei – falls das nicht schon 1982 wie purer Hohn klang, tut es das zumindest heute. Immer wieder wird das Bild des bürgerlichen Mädchens gezeichnet, dass sich mit den falschen Leuten eingelassen habe und dann – hoppla – prompt die relevante Nazigröße Roeder als „ihren Siegfried“ bezeichnet. Die Einordnung in die Hierarchien und die Suche nach einem charismatischen Führer wird, sowohl von der Justiz als auch der Journalle,

nicht als völliges Aufgehen und Hinwenden in eine hierarchisch strukturierte Gruppe verstanden, sondern ausschließlich als weibliche emotionale Schwäche.

Uns Uwe(s)

Erinnert ihr euch noch an den Tag, als Beate Zschäpe ihre Aussage machte? Als sie durch ihren Anwalt verlesen ließ, dass sie von den Morden im Vorhinein nichts gewusst hatte, wie sie zu Hause saß, pro Tag drei bis fünf Flaschen Sekt trank, und dabei vor schierem Schock sogar ihre Katzen vernachlässigte? Alle lachten darüber und schienen längst vergessen zu haben, dass man beim Auffliegen des Trios natürlich auch erst einmal danach gefragt hatte, wie eigentlich das Verhältnis zwischen Zschäpe und den beides Uwes aussah. Dass Zschäpe in der Aussage die Unbeeilte mimte, die vieles aus Liebe zu Bönnhardt getan habe, ist kein Zufall, sondern eine Taktik der Verteidigung, in der patriarchale Vorannahmen verarbeitet werden. Auch Beate Zschäpe wurde zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, und vermutlich wird sie auch nicht wie Vorderbrügge nach 8 Jahren entlassen – dafür wirkt der allgemeine Schock über das unbehelligte Morden der NSU vermutlich noch zu sehr nach, obgleich das Netzwerk des NSU mit sehr geringen Strafen davon kam. Ob das jedoch an einem anderen Frauenbild liegt oder vielleicht einfach nur daran, dass die männlichen Täter sich suizidiert haben und an ihnen kein Exempel mehr zu statuieren ist, sei dahingestellt.

Mona Schäfer, SV Mainz



Mitglieder des Bundes Deutscher Mädels in der Führerinnenschule in Potsdam, Mai 1935 Bild: Bundesarchiv, Bild 102-04517A



Trauer und Protest nach dem rechten Anschlag von Halle Collage: Nike Rohde

Der Ohnmacht entgegen

Warum Gedenken notwendiger Teil unserer politischen Arbeit bleiben muss

Ich lebe in Halle. Vom Anschlag am 09. Oktober 2019 erfahre ich über Telegram. Zum Glück sind meine Mitbewohnnis und ich zu dem Zeitpunkt zuhause. Die Angst um Freund*innen und Bekannte, die sich zufällig gerade an den betroffenen Orten befinden oder direkt dort wohnen ist trotzdem groß. Wir verbringen den Tag vor dem Livestream, schauen immer mal wieder aus dem Fenster. Von dort kann man die Polizeihubschrauber beobachten. Man soll möglichst drinnen bleiben, die Straßen meiden. Wir beobachten Personen, die trotzdem in unserer Straße umherlaufen, als wäre nichts. Von Zeit zu Zeit versuchen wir Menschen zu erreichen, um die wir uns sorgen. Vor dem Hintergrund der Infos, die uns erreichen, verlieren wir den Bezug zur Realität. Alles passiert wie in einem schrecklichen Traum. Als zum Abend hin klar wird, dass der Anschlag antisemitisch und rassistisch motiviert war, wird der Realitätsverlust noch größer. Wie kann so etwas geschehen? In der

Stadt in der ich lebe? So nah.

Durch die sozialen Medien kommt die Nachricht, dass man sich abends am Marktplatz zusammenfinden kann, um den Opfern mit einer Schweigeminute zu gedenken. Viele bringen Kerzen mit – das in nächsten Tagen häufig gezeigte Bild eines Kerzenmeeres entsteht. Es ist, bei aller Trauer, Bedrückung und Ohnmacht, ein gutes Gefühl, so viele andere bekannte und auch unbekannte Menschen zu sehen. Ich versuche meinen Kopf davon abzubringen, sich die tatsächlichen Geschehnisse vorzustellen. An den folgenden Tagen gibt es immer wieder Zusammenkünfte zu stillem Gedenken und Schweigeminuten. Sich durch die Stadt zu bewegen, fühlt sich seit dem Anschlag unsicher an. Meine Blicke gehen immer wieder hektisch hin und her. Alle möglichen Personen und Situationen fühlen sich bedrohlich an. In mir sammelt sich eine Wut – gegen den Täter, gegen seine Ideologien, gegen die ach so mitfühlende

Gesellschaft, gegen die Polizei. Aber auch gegen die Stille. Denn sie verbietet es mir, diese Wut zu äußern.

Nachdem auch Bundespolitiker*innen in Halle waren, um ihre Anteilnahme auszudrücken, und bereits mehrere Tage der stillen Trauer vergangen sind, halte ich es nicht mehr aus. Eine allumfassende Ohnmacht breitet sich aus. Meine Psyche kommt nicht mehr mit und ich falle in ein tiefes, dunkles Loch. Zur von linken Gruppen organisierten Demo schaffe ich es nicht mehr. Ich brauche viele Monate, um mich aus diesem Loch herauszuarbeiten. Es ist mühsam und kleinschrittig. Dieser psychische Zustand ist bei mir lediglich dadurch ausgelöst worden, dass der Anschlag in der Stadt passiert ist, in der ich seit ein paar Jahren wohne. Allein das hat meine Psyche bereits so sehr belastet, dass ich bis heute immer wieder auf Schwierigkeiten stoße, wenn ich mich mit dem Thema auseinandersetzen möchte.

Wie es sich anfühlt, direkt von dem Anschlag betroffen gewesen zu sein, kann ich nur erahnen. Doch von einigen Betroffenen hört man auch jetzt, ein Jahr später, dass sie immer noch große Probleme im Alltag haben, weil sie sich nicht mehr sicher fühlen. Einer von ihnen, Adiraxmaan Aftax Ibrahim – der von dem Attentäter aus rassistischen Motiven mit dem Fluchtauto angefahren wurde – kann es sich seitdem eigentlich nicht vorstellen, in Ostdeutschland zu bleiben. Der Anschlag in Halle bildet nur die extreme Spitze des Eisbergs des alltäglichen Rassismus und Antisemitismus, unter dem so viele Menschen zu leiden haben. In dieser gesellschaftlichen Realität liegt alltäglich das Potenzial der Traumatisierung. Der alltägliche Rassismus, Antisemitismus, aber auch Sozialdarwinismus und Mysogynie/ Sexismus, führen also dazu, dass ganz bestimmte Teile der Gesellschaft sich in einer Lage befinden, in der es viel wahrscheinlicher ist, dass sie sich mit psychischen Problemen auseinandersetzen müssen. Doch gehen wir zunächst einen Schritt zurück:

Was bedeutet es überhaupt, ein (psychisches) Trauma zu haben?

Ein Trauma ist eine starke psychische Erschütterung, die durch unterschiedliche Erlebnisse hervorgerufen werden kann, beispielsweise Naturkatastrophen, Krieg, Vergewaltigung, der Verlust einer geliebten Person oder Unfälle, aber auch weniger dramatisch wirkende Ereignisse. Kommt es zu einem Trauma, werden bestimmte Anteile der Erinnerung abgespalten und unbewusst gemacht. Um ein Trauma überwinden zu können, müssen diese unbewusst gemachten Anteile in bewusste Formen der Erinnerung überführt und zu einem Teil der bewussten Identität gemacht werden. Wenn ein Trauma nicht überwunden wird, kann es zu posttraumatischen Belastungsstörungen kommen, die den Alltag der traumatisierten Person erheblich einschränken. Zu den Symptomen gehören beispielsweise die eingeschränkte Teilnahme an der Gesellschaft, das Meiden bestimmter Orte oder bestimmter Situationen, die Angst vor Triggern¹. Aber auch Depressionen, Flashbacks, Suchterkrankungen oder selbstverletzendes bis suizidales Verhalten können durch eine posttraumatische Belastungsstörung hervorgerufen werden. Hinzu kommt außerdem, dass, wenn das Trauma nicht überwunden werden

kann, sich die Symptome auf unbewusste Weise von einer Generation zur anderen übertragen. Dies liegt darin begründet, dass die Fähigkeit, seelische Verletzungen zu verarbeiten, zu großen Teilen vererbt wird („Resilienz“)².

²Die Resilienz kann jedoch auch trainiert werden, um dagegen anzugehen.

Einem Trauma kann nicht bloß individuell entgegen gewirkt werden

Um einer solchen posttraumatischen Belastungsstörung vorzubeugen oder diese überwinden zu können, braucht es jedoch mehr als eine individuelle Therapie. Das Gedächtnis des Individuums ist immer schon sozial grundiert, da nicht nur auf die eigenen Erfahrungen, sondern auch auf die der Familie, des sozialen Umfelds, der Generation oder eines (nationalen) Kollektivs, zurückgegriffen wird. Es bedarf also neben der individuellen Therapie auch ein gesellschaftliches und politisches Umfeld (einen „Erinnerungsrahmen“), in dem diese abgespaltenen und unterdrückten Erinnerungen mit Empathie angehört werden können und einen Platz im sozialen Gedächtnis erhalten. Opfer, deren Trauma sich aus einer Ohnmachtssituation ergeben – sogenannte „viktologische Opfer“ – sind darauf angewiesen, dass ihr Trauma von Personen anerkannt wird, die nicht auch Opfer der selben Ohnmachtssituation sind, da die Erinnerung an sie nicht innerhalb der Gruppe der Betroffenen bleiben kann. Um den Einzug ins soziale und kulturelle Gedächtnis zu ermöglichen, braucht es also eine Form von öffentlicher Anerkennung und Resonanz³. Es wird ein gesellschaftlicher Rahmen benötigt, um das Trauma zu überwinden. Dieser ist notwendig, damit viktologische Opfer – wie Opfer von Rassismus oder Antisemitismus – selbstbewusster Teil der Gesellschaft sein können.

Gedenken als Möglichkeit, Opfern rechter Gewalt zuzuhören

Doch wie schaffen wir einen gesellschaftlichen Rahmen, in dem Opfern von rassistischer oder antisemitischer Gewalt zugehört wird? Die deutsche Mehrheitsgesellschaft ist weiß und (im Westen) christlich. Aus ihrer Struktur heraus entsteht

Antisemitismus und Rassismus immer wieder neu. Sie profitiert davon. Aus ihr heraus kann man also nicht mit einem tatsächlich empathischen und solidarischen Umgang mit Opfern rechter Gewalt rechnen. Unser Ziel sollte es also sein, diese hegemoniale Gruppe immer wieder zu stören und auf ihre Taten hinzuweisen. Nur so kann langfristig Aufmerksamkeit auf ihre Täter*innenschaft gelenkt werden. Eine Reflektion der eigenen Täter*innenschaft wäre ein erster Schritt weg von rassistischen und antisemitischen gesellschaftlichen Strukturen. Doch auch wenn es mit der Mehrheitsgesellschaft noch ein sehr weiter Weg ist, muss es schon jetzt praktische Solidarität mit den Betroffenen rechter Gewalt geben. Ein Teil dieser praktischen Solidarität könnte darin liegen, ihnen zuzuhören und ihre Forderungen zu unterstützen; diese laut zu machen. Ein anderer Teil besteht aber auch darin, traumatisierte Betroffene bei der Überwindung des Traumas zu unterstützen, indem wir ihnen einen Rahmen⁴ geben, in denen ihre Erlebnisse geteilt und empathisch angehört werden können – zum Beispiel in Form von Gedenken. Wir müssen uns also zusammensetzen und überlegen, wie den individuellen Opfern rechter Gewalt bei dieser großen Aufgabe der Traumaüberwindung geholfen werden kann. Denn nur so können sie, als Kollektiv, das unter Rassismus oder Antisemitismus leidet, ein selbstbewusster Teil der Gesellschaft bleiben oder werden. Wir müssen versuchen zu verhindern, dass Traumata in nächste Generation weitergegeben werden, damit der Mehrheitsgesellschaft mit ihrem Rassismus und Antisemitismus langfristig eine selbstbewusste Gruppe entgegensteht.

Nike Rohde, KV Halle



³Mehr dazu: Assmann, Aleida (2018): Der lange Schatten der Vergangenheit, C.H. Beck, München

⁴Kritische Überlegungen zu Gedenken findet man hier: <https://kritischesgedenken.de>

Nach dem Anschlag ist vor dem Anschlag

Warum Gedenken notwendiger Teil unserer politischen Arbeit bleiben muss

An Yom Kippur 2020 unterbricht der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt Reiner Haseloff den Gottesdienst der jüdischen Gemeinde Halle, um sein Mitgefühl mit der Gemeinde zu verkünden, was eher nach einem schlecht platzierten PR-Gag wirkt. Obendrauf verkündet er vor Überlebenden des Anschlags im Jahr zuvor, dieser wäre nicht passiert, hätte es zwischen Juden und Nicht-Juden mehr Versöhnung gegeben. Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht wiederum meckert kurz vor dem 1. Jahrestag des Anschlags darüber, dass jüdische Institutionen zu viele Ressourcen der Polizeieinsatzkräfte beanspruchen würden, die dadurch woanders fehlten. Knapp zusammengefasst klingt das beides recht nach: „Die Juden sind schuld.“ Man könnte schockiert sein über diese Aussagen, jedoch kaum, wenn man den Antisemitismus in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht ignoriert hat, persönlich jüdische Menschen kennt oder jüdisch ist.

Anschlag in Halle war antisemitisch und rassistisch motiviert

Der Anschlag in Halle galt in erster Linie den Jüd*innen, wie der derzeit angeklagte Attentäter sowohl in seinem live-gestreamten Video der Tat als auch während des gerichtlichen Prozesses deutlich machte. Als seine Feind*innen sah er aber auch weitere Menschen an, die er ebenfalls gezielt angriff, nachdem er daran gescheitert war, in die Synagoge einzudringen: Menschen, die er als Muslim*innen einordnete sowie grundsätzlich alle als nicht weiß gelesenen Menschen. Gestorben sind bei dem Attentat zwei Menschen: Jana L., eine Passantin vor der Synagoge und Kevin S., ein Kunde im Kiezdöner. Viele weitere Menschen wurden bei der Flucht des Attentäters verletzt und überlebten. Über die beiden Todesopfer sowie die weißen Verletzten sagte der Attentäter im Gericht aus, dass ihm dies leidtue und er keine Weißen umbringen wollte. Der Täter stellt sich vor Gericht selbst als Einzeltäter dar, der seine Tat komplett alleine geplant und ausgeführt hat. Dabei radikalisierte er sich im Internet in

rechtsextremen Foren und erhielt auch finanzielle Unterstützung von einem Unbekannten, was eine Inspiration, Planung und Ausführung der Tag als vollständige Einzelhandlung in Frage stellt. Hier soll jedoch nicht der Frage nachgegangen werden, woher die Nazi-ideologie kommt und wie sie sie zur Gewalttat führte. Sie war nie weg. Sie ist nach wie vor da. Sie führt zu Gewalttaten. Akzeptieren wir also, dass es so beschissen ist wie es ist, ziehen Lehren daraus und stärken uns für das Kommende. Denn, sollte es nie wieder einen rechten Anschlag in Deutschland geben, dann bin ich wirklich (positiv) schockiert und überrascht. Für die Zukunft gibt es zwei Aspekte, auf die ich eingehen möchte.

Normalzustand: Rechte Gewalt

Das erste ist die normative Wahrnehmung solcher Ereignisse in der deutschen Öffentlichkeit. Wir können uns die entsetzten Reaktionen der Medien, die sich geschockt die Frage nach Rechtsextremismus alle paar Monate nach jedem Anschlag neu stellen, sowie Mitgefühlbekundungen von Politiker*innen, die das Pech hatten, dass Attentäter sich ihre vermeintlich weltoffenen deutschen Städte aussuchen, sparen. Sowohl das eine, als auch das andere ist ein Hohn für alle Betroffenen und Angehörigen, die sich die Frage, „ob“ Rassismus und Antisemitismus in Deutschland ein Problem sind, nicht stellen müssen. Ein weiterer Skandal, der keiner war, war der Ausbruch des Attentäters für mehrere Stunden aus der Untersuchungshaft im Juni 2020. Wieder ein bitteres Erleben deutschen Normalzustandes für alle, denen die Nachricht ein Schaudern über den Rücken laufen ließ.

Was tun? Gedenken, Solidarität bekunden, Zuhören, Organisieren

Der zweite Punkt ist der, an dem wir am meisten etwas ändern können. Wir wissen, dass viele Menschen in Deutschland zum Feindbild der Nazis gehören. Es ist unfassbar wichtig, in der antifaschistischen Praxis nicht partikular zu arbeiten, sondern breite Bündnisse unter

Betroffenen und Unterstützer*innen aufzubauen. Im Anschluss an den Anschlag in Halle sind Menschen zusammengelassen, die von Antisemitismus und/oder von Rassismus betroffen sind, was sonst selten geschieht, auch weil Betroffenheiten ideologisch gegeneinander ausgespielt werden. In der Praxis geht es aber um Leben und Tod, von denen, gegen die sich der Anschlag richtet, aber auch von denen, die vermutlich nie gedacht hätten, sie würden Ziel eines rechten Anschlags werden: Jana L., Kevin S. oder Walter Lübcke. In der Praxis betrifft rechter Terror alle, die in einem Mindestmaß privat oder öffentlich Zivilcourage zeigen und sich ihm entgegenzustellen, geht alle was an.

Gedenken wir vergangenen Anschlägen und Übergriffen. Der Todeskalender rechter Gewalt in Deutschland nach 1945 ist voll. Für Angehörige, die oft in dieser Gesellschaft bereits marginalisiert sind, ist es das Mindeste, zu wissen, dass die Namen ihrer verlorenen Angehörigen im Gedächtnis behalten werden. Erinnern wir nicht mit Respekt an das Leben der Ermordeten durch rechte Gewalt, spielt es den Nazis in die Hände, die den Menschen auf ihre antisemitische oder rassistische Zuschreibung reduzieren und von dieser Welt auslöschen wollen.

Bekunden wir öffentlich und direkt Solidarität mit Betroffenen rechter Gewalt oder rechter Stimmungsmache: Nutzen wir die Kanäle, die uns zur Verfügung stehen, um auf Übergriffe, Anschläge, Attentate und Versuche solcher hinzuweisen. Die Nicht-Reaktionen auf entsprechende Ereignisse sind für sich bereits politisch, denn sie lassen die Betroffenen im verletzlichsten Moment alleine. Wenn rechte Gewalt sich häuft, muss eine Nicht-Akzeptanz dieser Zustände und eine Wut darüber öffentliche Norm sein. Das ist eine antifaschistische Geste und wichtig, um durch die eigene Stimme der Normverschiebung in Richtung rechter Gewalt als Hintergrundbeschallung eines deutschen Alltags entgegen zu wirken. Eine schweigende Mehrheit hingegen ist auch immer eine, die die Verhältnisse hinnimmt. Organisieren wir uns gemeinsam

in Bündnissen, die in Zukunft auf solche Anschläge reagieren werden: Politische Praxis in Bündnissen ist unabdingbar. Im Fall Halle ist die Zusammenarbeit und das Zusammenbringen einer breiten Nebenkategorie nach dem Trauma sowie während der Corona-Pandemie in ihrem bestehenden Ausmaß nur gelungen, weil keine Gruppe und keine Person alleine da stand. Der fehlende Beistand durch die Politik wurde bereits deutlich durch die fehlende finanzielle Unterstützung. Einerseits betrifft dies die Fahrt- und Übernachtungskosten der Nebenkategorie*innen, welche eine Teilnahme am Prozess gegen den Attentäter in Magdeburg möglich machen. Andererseits geht es um die Existenzsicherung des Kiezdöners, der bereits vor der Corona-Pandemie im Nachgang des Anschlags über einen deutlichen Rückgang der Kundschaft öffentlich informiert hatte. Das Geld wurde bisher für beide Zwecke über Spenden zusammengetragen. Auch

das ist ein starkes Signal, um die Untätigkeit der Politik zu deutlich zu machen. Wenn wir andere Betroffene das nächste Mal (wie traurig es auch ist, dass es das geben wird) unterstützen wollen, können wir Kontakt zu (ggf. anderen) Betroffenen aufnehmen, Solidarität/Wut/Trauer (aber bitte keine Überraschung) bekunden, zuhören und über die eigene Position in der Situation reflektieren. Es macht Sinn zu überlegen, welche Hilfe man als Gruppe oder als Person konkret anbieten kann. Dabei sollte stets auf die Bedürfnisse der Betroffenen geachtet werden. Unterstützung kann sein: Übersetzungen organisieren, über rechtliche Lage und Vorgehen informieren, Spenden sammeln oder noch besser – sich direkt an die Politik richten mit der Aufforderung nach finanzieller Unterstützung der Betroffenen in allen Mehrkosten, die für die Betroffenen entstehen. Zu diesen Mehrkosten gehört beispielsweise auch, dass Synagogen sich private

Sicherheitsdienste leisten, um ihre Einrichtungen zu schützen. Dies ist nachvollziehbar, wenn man bedenkt, wie viele rechte Netzwerke bei der Polizei in den letzten Jahren enttarnt wurden. Den Schutz des eigenen Lebens allein der Polizei anzuvertrauen, ist für viele Betroffene von Antisemitismus unter diesen Bedingungen keine Option.

Alexandra Nozik, KV Bremen

Einer der Haupttortorte des Attentats in Halle: die Synagoge in der Humboldtstraße Foto: Wikimedia Commons



Kein Popcorn-Kino und ziemlich nah dran

Utøya – Darstellungen im Film

Der Terroranschlag auf Utøya wurde einige Jahre lang filmisch nicht aufgegriffen. Dies war vermutlich auch eine Frage des Respekts vor den Opfern, den Überlebenden und ihren Angehörigen

und vor der Herausforderung, eine so markerschütternde Tat angemessen darzustellen. Im Sommer 2018 erschienen dann innerhalb kurzer Zeit gleich zwei Filme über die Ereignisse im Jahr 2011 in

Norwegen, die die Geschichte völlig unterschiedlich erzählen. Welche Art der Betrachtung angemessener ist, ist vermutlich eine Frage der Perspektive. Sicherlich ist keiner der beiden Filme geeignet für einen vergnüglichen Roten Kino-Abend im Zeltlager. Um herauszufinden, ob ihr trotzdem einen der beiden für eure Gruppenarbeit zu rechtem Terror verwenden könnt, werden sie in diesem Artikel kurz vorgestellt, dafür sind allerdings Spoiler notwendig.

Utøya 22. Juli von Poppe

„Utøya 22. Juli“ ist eine Kinoproduktion des norwegischen Filmmachers Erik Poppe. Zu sehen ist der Film bei Amazon Prime. Poppe gibt in Interviews an, ihn unter enger Beratung einiger Überlebender konzipiert und gedreht zu haben. Der Film hat eine Länge von 72 Minuten, was nicht zufällig genau der Zeit entspricht, die der Anschlag auf Utøya dauerte. Die Zuschauer*innen folgen der fiktiven Kaja ab dem Moment über die Insel, in welchem den Teilnehmer*innen des AUF-Camps mitgeteilt wird, dass es einen Terroranschlag in Oslo gab. Kaja repräsentiert als engagierte und pragmatische Jungpolitikerin viele der Menschen, die durch den Täter Anders Breivik ermordet wurden. Dieser taucht im Film im Prinzip nicht auf, man sieht zwar seine Opfer, die von Schüssen getroffen werden, aber nicht ihn. Der Fokus liegt komplett auf dem Erleben der Jugendlichen, die sich verängstigt und zum Teil verletzt über

die Insel flüchten. Dass Breiviks Ideologie nicht näher erläutert wird, nimmt diesem zwar die von ihm gewünschte Aufmerksamkeit für seine Ziele; bei Zuschauer*innen, die sich mit dem Anschlag bisher nicht befasst haben, lässt es jedoch auch viele Fragen offen. Das Unwissen der Figuren darüber, was eigentlich vor sich geht, wird bis auf wenige eingblendete Kontextualisierungen an Anfang und Ende des Films auch auf das Publikum übertragen. Der Film kommt komplett ohne Schnitt aus. Dafür stehen die Emotionen der Hauptpersonen voll im Mittelpunkt, was in einigen Momenten schwer zu ertragen ist, denn Kaja sucht verzweifelt ihre kleine Schwester und eine Genossin stirbt in ihren Armen. Der Regisseur hat sich zudem entschieden, Kaja kurz vor der Rettung irrational unvorsichtig werden zu lassen, was dazu führt, dass sie erschossen wird. Ob diese Darbietung der real durch die Opfer widerfahrenen Grausamkeiten für die Eindringlichkeit des Films notwendig war, ist fraglich. Zudem bleibt der schale Beigeschmack des Subtextes, dass das Überleben der Opfer von Utøya stark davon abhängig war, ob sie angesichts des Terrors einen kühlen Kopf bewahrten oder nicht.

22. Juli von Greengrass

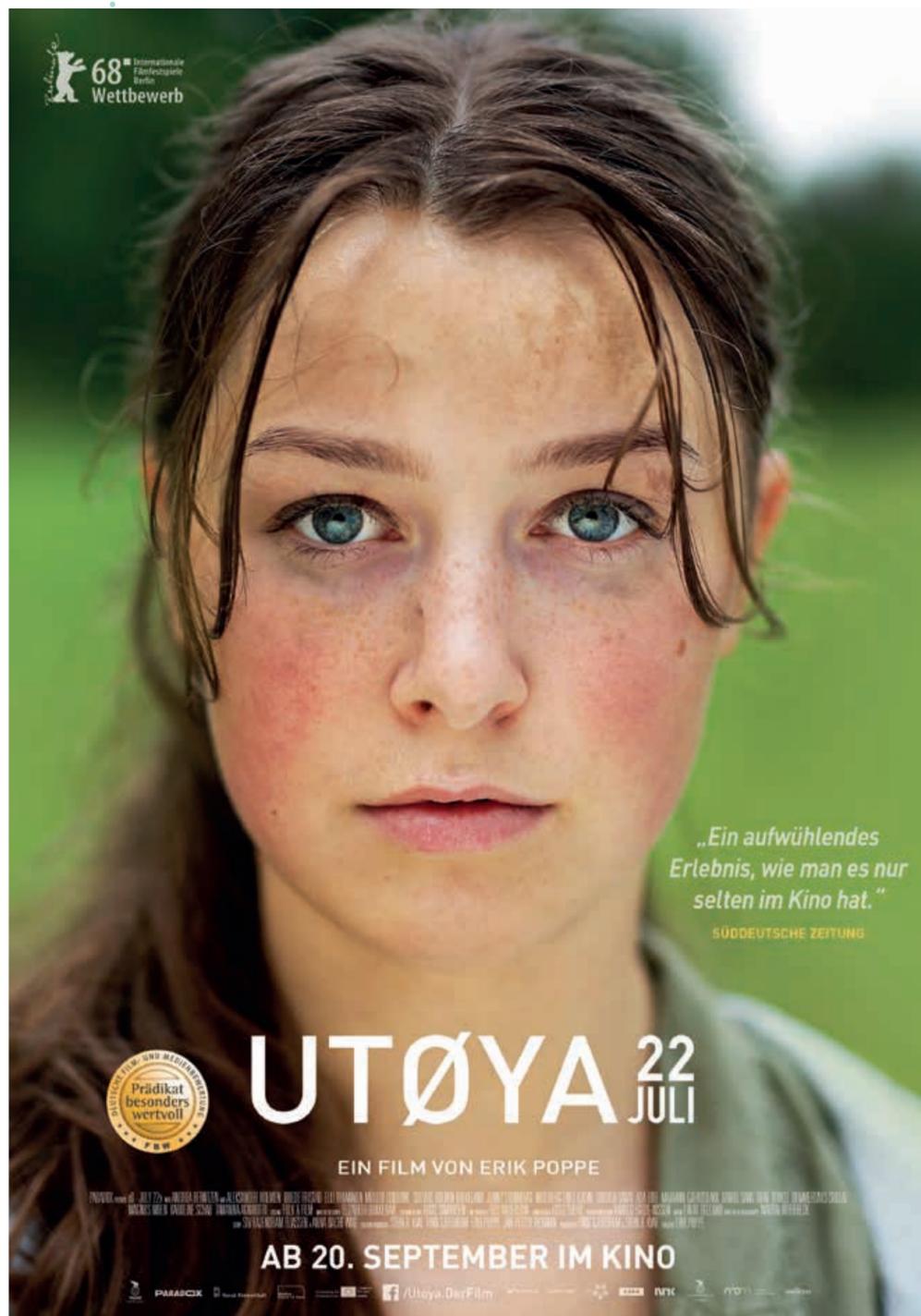
„22. Juli“ vom britischen Regisseur Paul Greengrass ist eine Netflix-Produktion und dort auch immer noch zu finden. Mit 2 Stunden und 23 Minuten Laufzeit nimmt sich dieser Film etwas mehr Zeit, auch die Hintergründe und die Folgen des Geschehens auf Utøya zu rekonstruieren. Er beginnt mit der Ankunft der Teilnehmer*innen beim Sommercamp und zeigt auch, wie sie Workshops abhalten oder am Lagerfeuer singen. Gerade für Falken ist das ziemlich „nah dran“ – nicht zuletzt, weil die Zuschauer*innen echte AUF-Shirts

tragen. Parallel wird der Täter bei den Vorbereitungen seiner Tat und bei dem Anschlag in Oslo gezeigt. Dadurch erfahren die Zuschauer*innen schon vor Beginn des Massakers im Film, dass Breivik kein echter Polizist ist. Wie er im Folgenden auf die Jugendlichen schießt, wird hier direkt gezeigt, zwar nicht im Stil eines Horrorfilms, aber auch ohne die Verletzungen der Opfer zu verstecken. Im Mittelpunkt des Films steht ein realer Überlebender des Terroranschlags von 2011: Viljar Hanssen. Die Darstellung des Anschlagsgeschehens endet im Film nach etwa einer halben Stunde damit, dass Viljar schwer verletzt überlebt. Die Stärke des Skripts liegt aber eindeutig darin, dass im Folgenden sehr eindringlich gezeigt wird, was der rechte Terror mit Vilja und seinen Angehörigen macht, wie er um das Überleben kämpft und was es für ihn bedeutet, vor Gericht gegen Breivik auszusagen zu müssen. Auch die Auswirkungen auf viele Menschen, die nicht unmittelbar auf Utøya vor Ort waren, spielen im filmischen Verlauf eine Rolle. So wird beispielsweise der Anwalt Breiviks vorgestellt, der damit hadert, von ihm beauftragt worden zu sein. Auch Breiviks alleinerziehende Mutter wird kurz und mit kritischem Unterton porträtiert. Jens Stoltenberg, zum Zeitpunkt des Attentats norwegischer Ministerpräsident von der Arbeiterpartei, deren Jugendorganisation die AUF ist, ist ebenfalls Figur des Geschehens. Seine Darstellung ist extrem positiv: Er wird als selbstkritisch, intelligent und als eine starke Führungsperson skizziert, die nach dem Anschlag die norwegischen Sicherheitsbehörden umkrempeln will. Dazwischen sind die Zuschauer*innen immer wieder bei Viljar und seiner trauernden Familie im Krankenhaus, schließlich auch dabei, wenn er sich langsam erholt und mit seinen Genoss*innen, aber

streckenweise auch allein, sein Überleben aufarbeitet. Der Film endet mit dem Befreiungsschlag, dass Viljar vor Gericht aussagt und Breivik verurteilt wird. Dass das Gerichtsverfahren stärker im Fokus des Geschehens ist als die Tat selbst und damit Breivik als Person viel Raum gelassen wird, ist zwar nicht unproblematisch, jedoch findet dadurch im Film eine sehr umfassende und realitätsnahe Informationsvermittlung statt und der Film schafft es trotzdem, sich von der Überzeugung des Täters abzugrenzen.

Das Gefühl, mit dem er abschließt, ist positiver als bei Poppes Werk, jedoch gibt er trotzdem ein stärkeres Statement dazu ab, warum rechter Terror unbedingt bekämpft werden muss.

Jana Herrmann, UB Dortmund



„Ein aufwühlendes Erlebnis, wie man es nur selten im Kino hat.“

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Impressum

AJ -Die andere Jugend
3 –2020

Herausgeberin:
Sozialistische Jugend
Deutschlands –Die Falken
Bundesvorstand

Luise & Karl Kautsky Haus
Saarstraße 14, 12161 Berlin

Tel. (030) 26 10 30-0
aj-redaktion@wir-falken.de
www.wir-falken.de

V.i.S.d.P.:
Jana Herrmann

Redaktion:
Miriam Bömer, Steffen
Göths, Mona Schäfer, Jan
Schneider, Sascha Döring

Texte:
Annika Neubert,
Jana Herrmann,
Steffen Göths, KV Jena,
Jan Schneider,
Alexandra Nozik,
Mona Schäfer,
Nike Rohde

Layout: Lena Schliemann

Druck: BVZ Berliner
Zeitungsdruck GmbH

Gefördert aus Mitteln des
Kinder- und Jugendplans
des Bundes.



Ein Tag im Juli

Erinnerungen an Utøya

Es war Hochsommer, das Semester war gerade vorbei und die letzten Klausuren waren auch geschrieben. Außer Hausarbeiten stand nicht so richtig viel auf dem Plan, statt ins Zeltlager würde ich mit einigen Genoss*innen in die Lausitz fahren und dort unsere Zelte mal wieder richtig sauber machen. Als persönlichen Ausgleich hatte ich mich mit den Falken Rheinland-Pfalz dazu verabredet, mit ihnen auf das IUSY-Festival am Attersee zu fahren. Dementsprechend war ich ziemlich entspannt und gerade auf dem Weg zu der WG-Party einer Freundin, die der Beginn der unserer ersten Sommersemesterferien sein sollte. Es war ein Freitagabend, am Montag sollte es nach Österreich losgehen.

Im Laufe des Abends verbreitete sich die Nachricht, dass es in Oslo zu einer schweren Explosion gekommen sei. Ich dachte mir nicht viel dabei und zunächst an einen Unfall, vielleicht ein Gasleck, so etwas passiert. Dann kamen die ersten Infos dazu, was gerade auf Utøya passiert war. Ich war geschockt, da die Vorstellung, dass junge Menschen in einem Zeltlager ermordet wurden, so unglaublich schien. Wir haben an dem Abend viel darüber gesprochen, erste Meldungen vermuteten Al-Qaida, obwohl man eigentlich noch nichts wusste.

Der Tag danach

Um ehrlich zu sein, ich kannte die AUF damals nicht. Das IUSY-Festival sollte meine erste internationale Maßnahme sein und ich freute mich einfach darauf, junge Sozialist*innen aus vielen verschiedenen Ländern kennenzulernen. Mir wurde erst im Laufe des

Sonnabends so richtig bewusst, wer hier angegriffen wurde - und von wem. Natürlich war mir die potentielle Bedrohung durch Nazis immer bewusst, Schutzkonzepte wurden etwa bei unseren Pfingstcamps immer diskutiert, insbesondere vor dem Hintergrund des rechten Überfalls auf ein Sommercamp von [solid] im Jahr 2008, bei dem eine 13-Jährige lebensgefährlich verletzt wurde. Aber ein Massenmord wie in Norwegen war weit jenseits dessen, was ich mir jemals vorgestellt hatte.

Ich stand also vor meinem halbgepackten Rucksack und fragte mich, ob ich ihn wieder ausräumen sollte. Wollte ich wirklich nach diesem Anschlag auf junge Menschen, die ich zwar nicht kannte, aber die mir in diesem Moment so nah waren, auf ein Festival fahren, dass dem Camp in Norwegen so ähnlich war? Nach einem Gespräch mit Claus, dem damaligen SJ-Ringleiter in Rheinland-Pfalz, beschloss ich, meinen Rucksack doch zu Ende zu packen und am nächsten Tag per Nachtzug nach Mainz zu fahren. Wir hatten nicht nur über Sicherheitsbedenken gesprochen, sondern auch über die erwähnte Frage. Schließlich kamen wir den Punkt, dass es gerade genau das Richtige war, mit Genoss*innen zusammenzukommen. Der Täter wollte Menschen wie uns für unsere Überzeugungen auslöschen, gerade deshalb war es uns wichtig, diesen Moment internationaler Arbeit zu nutzen.

Auf dem Camp

Die Busfahrt von Mainz nach Österreich dauerte lang und war ausgesprochen ausgelassen, die Freude auf eine gemeinsame Woche war spürbar. Wir sprachen nicht

über das, was am Freitag geschehen war. Das änderte sich, als wir am späten Abend am Europacamp ankamen. Die Polizei hatte offenbar verschärfte Sicherheitsmaßnahmen ergriffen, was insbesondere Personen betraf, die individuell angereist waren und nicht sofort einer Delegation zugeordnet werden konnten. Es dämmerte bereits und der Anblick von Scheinwerfern, schwer bewaffneten Polizist*innen und langen Schlangen an Fahrzeugen war beklemmend. Nachdem wir endlich unsere Zelte bezogen hatten, begann die Eröffnungszereemonie. Wo eigentlich ein fröhlicher Auftakt geplant war, begannen wir nun mit traurigen Reden und einer Schweigeminute für die Ermordeten.

Nach all der Zeit kann ich nicht mehr sagen, wie es gelungen ist, das Thema auf dem Festival nicht alles erdrücken zu lassen und angemessen damit umzugehen. Ich erinnere mich vor allem noch an ein Zelt, in dem den Genoss*innen gedacht werden konnte und das ein Ort zum Zurückziehen war. Der Satz "Today we are all AUF activists!" schwebte über allem und half mir tatsächlich, meine Wut, meine Trauer und meine Angst in Entschlossenheit zu kanalisieren. Auch jenseits meines individuellen Umgangs drückt dieser Satz in seiner Schlichtheit bis heute die Verbundenheit und Solidarität mit unseren norwegischen Genoss*innen aus, ebenso die Erkenntnis, dass die faschistische Bedrohung uns alle trifft.

Was es mir bis heute bedeutet

Der Anschlag von Oslo und Utøya ist ein Moment, den ich nie vergessen werde und der sich tief in mich eingegraben hat. Das alljährliche Gedenken an den Nordischen Botschaften ist mir wichtig, weil es mir ein Anliegen ist, dieses Attentat auf junge Sozialist*innen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Gefahr, die von Faschist*innen ausgeht, ist nicht abstrakt und nicht gegen "die Gesellschaft" gerichtet, sondern sie richtet sich konkret und spürbar gegen jene, die sich ihnen entgegenstellen. Erinnern an den Rechten Terror ist ein Baustein antifaschistischer Praxis.

